

Pressemitteilung

Erwachsenenbildung wird von CDU/FDP-Landesregierung als Steinbruch für Kürzungen in der Bildung missbraucht

Heftig kritisierte der Braunschweiger SPD-Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Bachmann die geplanten Kürzungen des Landes im Bereich der Erwachsenenbildung. Die CDU/FDP-geführte Landesregierung hat die Absicht, 1,9 Millionen Euro in diesem Sektor einzusparen. Besonders negativ sei dabei, so Bachmann, dass ein erst vor kurzem geschaffener Sondertopf zur Finanzierung von Kursen zum Erreichen des Hauptschul- und Realschulabschlusses gestrichen werden soll. Dieser Topf mit 800.000,- Euro reiche schon jetzt nicht, weil bei den Erwachsenenbildungseinrichtungen Anträge für die doppelte Summe vorlägen. Der Bedarf nach solchen Kursen sei extrem hoch.

Die Ansicht der Landesregierung, durch ein Berufsvorbereitungsprogramm der Bundesagentur für Arbeit könnten die gestrichenen Mittel in Zukunft kompensiert werden, greife nach Darstellung von Klaus-Peter Bachmann überhaupt nicht. Die Begründung des Wissenschaftsministeriums sei, durch die Berufsvorbereitungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit bestände ein Rechtsanspruch und dadurch könnten alle in Frage kommenden Jugendlichen (also die, die die Schulpflicht erfüllt hätten aber noch keinen Ausbildungsplatz bekommen hätten) solche Kurse besuchen.

Bachmann verwies auf eine Stellungnahme der zuständigen Fachbereichsleiter der niedersächsischen Volkshochschulen. In der Resolution der zuständigen Fachbereichsleiter der Volkshochschulen heißt zu der Zielgruppe der „Sondertopf-Mittel“ konkret:

"Das sind Jugendliche und junge Erwachsene mit unterschiedlichem Migrationshintergrund, Schul- und Berufsverweigerer und -abbrecher, junge "alleinerziehende" oder werdende Mütter, suchtgefährdete und süchtige Jugendliche, bereits kriminell gewordene Jugendliche und solche mit psychischen Problemen, Abbrecher aus "Maßnahme -Karrieren" der Agentur für Arbeit usw., um nur das Spektrum zu benennen."

Die Fachbereichsleiter hätten deutlich gemacht, dass für diese Zielgruppen die Bundes-Mittel nicht ausreichen. So schreiben sie: *"Auch das Argument, dass es die Bundesgesetzgebung jetzt ja möglich mache, im Rahmen von Berufsbildenden Maßnahmen nachträglich den Hauptschulabschluss zu erwerben und das Land sich deshalb aus der Finanzierung dieses Bereiches zurückziehen könne, greift nicht."*

Der Zugang zu diesen Maßnahmen sei längst nicht jedem aus dem oben beschriebenen Teilnehmerprofil möglich und die bisherigen bundesweit erhobenen und bekannten Prüfungsergebnisse lassen einen positiven Vergleich mit dem erfolgreichen Niedersachsen-Modell einfach nicht zu. Im Gegenteil, die dort Gescheiterten erscheinen meist anschließend wieder in den VHS-Lehrgängen.

Fakt - so Klaus-Peter Bachmann – sei nämlich, dass im Bereich der Regionaldirektion Bremen-Niedersachsen der Arbeitsagentur im Jahr 2009 zwar 12.579 Jugendliche an diesen BvB-Maßnahmen teilgenommen haben, von denen dann 10,86 Prozent Hauptschulabschluss-Kurse absolvierten, aber davon nur 39,6 Prozent diesen Abschluss auch erwarben, 60,4 Prozent der Teilnehmer hätten diesen Abschluss eben nicht erworben.

Aber genau für solche Zielgruppen griffen bislang die Maßnahmen der niedersächsischen Erwachsenenbildung mit den sog. Sondermitteln in Höhe von 800.000,- Euro.

Hinsichtlich der ersatzlosen Streichung der 800.000,- Euro Sondermittel für die Hauptschul- und Realschulabschlusskurse sei, so Bachmann, dringend eine Korrektur nötig, wofür sich die SPD nachdrücklich einsetze.

Aber auch die geplante Streichung von weiteren 1,1 Millionen Euro bei den Erwachsenenbildungseinrichtungen allgemein sei zu kritisieren. Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und die Landeseinrichtungen der Erwachsenenbildung würden dadurch im Durchschnitt 2,4128 % weniger Landesmittel bekommen. Die Einrichtungen würden dadurch gezwungen sein, nicht gewinnbringende Bildungsmaßnahmen zu streichen. Dies würde aber genau jene Bereiche treffen, die nicht hinreichend von Teilnehmergebühren finanziert werden könnten, aber gesellschaftlich wichtig seien, wie z. B. die politische Bildung oder Integrationskurse.

Außerdem würde mit den gesamten geplanten Kürzungen der Haushaltsansatz für die Erwachsenenbildung in Niedersachsen auf ein Niveau zurückgefahren, wie er zuletzt im Jahre 1990 gewesen war.

Gerade vor dem Hintergrund, dass von allen Seiten immer wieder die Notwendigkeit lebenslangen Lernens betont werde, seien die Kürzungen in der Erwachsenenbildung unverantwortlich, meinte Bachmann abschließend.